

Christophe HANSEN

Pressemitteilung zur Plenarwoche am Europäischen Parlament

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

Das EU-Parlament stimmt in dieser Woche über die Vorschläge der EU-Kommission zur Agrarreform ab. Darin fordert die Kommission einen höheren Beitrag der Landwirtschaft zum Umwelt- und Klimaschutz, indem Direktzahlungen zunehmend an Umweltmaßnahmen gebunden werden. Darüber hinaus schlägt sie mit den Strategieplänen ein neues Umsetzungsmodell vor, welches Mitgliedstaaten mehr Flexibilität verleiht. Künftig sollen die MS eigene Strategiepläne entwickeln, in denen sie die Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung der GAP festlegen. Die Reformpläne sind im EU-Parlament höchst umstritten und hatten zur Einreichung von mehr als 5000 Änderungsanträgen in den zuständigen Ausschüssen geführt. Nach monatelangen Verhandlungen konnte ich als verantwortlicher Berichterstatter für die GAP im Umweltausschuss mit den andern Europaabgeordneten einige Kompromisse aushandeln für die Abstimmung im Plenum, mit denen wir hoffen, eine Balance zwischen den zunehmenden Anforderungen an Landwirte im Umweltbereich und die Wirtschaftlichkeit insbesondere für Familienbetriebe sicherzustellen.

„Bei den Vorschlägen zur grünen Architektur der zukünftigen Landwirtschaft gehen die Vorstellungen der verschiedenen Fraktionen diametral auseinander. Da die Unterstützung von Umweltmaßnahmen auch in den Mitgliedstaaten völlig unterschiedlich gehandhabt wird, hatte die EVP-Fraktion vorgeschlagen, ein globales Umweltbudget festzulegen und den Mitgliedstaaten freizustellen ob sie diese Maßnahmen über die Direktzahlungen (1. Säule) oder die langfristigen Umweltmaßnahmen (2. Säule) umsetzen wollen. Leider hat sich dieser Vorschlag nicht durchgesetzt, da es eine Mehrheit für ein festgelegtes Budget für Umweltmaßnahmen im Rahmen der ersten Säule gab. Eine vollständige Kopplung der Direktzahlungen an Umweltmaßnahmen, wie von den Grünen gefordert, konnten wir verhindern. Stattdessen sollen nach den Kompromissvorschlägen 30% der Direktzahlungen in der ersten Säule in die neuen sogenannten Umweltmaßnahmen fließen. Diese Maßnahmen sind für Landwirte zwar freiwillig, durch die finanzielle Förderung entsteht für Landwirte aber ein Anreiz, Umweltschutz zu betreiben. Da wir die langfristigen Umweltmaßnahmen in der zweiten Säule grundsätzlich für wichtig halten, haben wir das Budget, das in diese Maßnahmen fließen soll auf 35% aufgestockt. Mitgliedstaaten sollen die Möglichkeit haben, einen gewissen Anteil der Gelder zwischen den Säulen zu verschieben. Da uns kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe und Familienbetriebe besonders am Herzen liegen, fordern wir eine Erhöhung der für die Mitgliedstaaten verpflichtenden Umverteilungsprämie (die ersten Hektar profitieren von einer höheren Direktzahlung) auf mindestens 12%. Eine Kappung (Obergrenze ab der keine Direktzahlung mehr möglich ist) wird hiermit vermieden. Dieses Modell, das prozentual den kleineren und mittleren Betrieben stärker zugutekommt, orientiert sich an der Durchschnittsgröße der Betriebe. Landwirtschaftliche Betriebe beispielsweise mit einer Größenordnung von 50 ha können so - ganz ohne großen Bürokratieaufwand - eine Umverteilungsprämie in Höhe von 3000 € (Sachstand heute) erhalten. Mit unseren Kompromissvorschlägen hoffen wir die Herausforderungen von Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen.“

Hintergrund:

Das Agrarbudget ist mit etwas unter 40% des gesamten EU-Haushalts der größte Haushaltsposten der EU. Es teilt sich auf, in Direktzahlungen an die Landwirte im Rahmen der „ersten Säule“ und

die strukturelle Förderung des ländlichen Raumes im Rahmen der „zweite Säule“. Die Agrarpolitik unterstützt direkt oder indirekt etwa 44 Millionen Beschäftigte im Agrar- und Lebensmittelsektor. Die Beihilfen an Landwirte (Direktzahlungen) machen etwa 46% ihrer Einkommen aus und sollen die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln in der EU sicherstellen. Dennoch sind die Einkommen der Landwirte 40% niedriger als in anderen Bereichen. Gleichzeitig rückt die Landwirtschaft immer mehr in den Fokus bei der Erreichung der Klimaziele, denn sie ist die größte Quelle der EU für Treibhausgasemissionen die keine CO₂-Emissionen. Christophe Hansen ist der Berichterstatter des Umweltausschusses für die Gemeinsame Agrarpolitik.